Südschleswigscher Wählerverband

Pressemitteilung
Nr. 255/2026
Kiel, 21.09.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Schule muss auf das Leben vorbereiten

Zum Forderungskatalog der Landesschülervertretungen in Schleswig-Holstein erklärt die bildungspolitische Sprecherin der SSW-Landtagsfraktion, Jette Waldinger-Thiering:

„Die Schülerinnen und Schüler sagen sehr deutlich, was ihnen an unseren Schulen fehlt. Und vieles davon ist überhaupt nicht neu. Schule muss junge Menschen auf das Leben vorbereiten. Dazu gehören heute Medienkompetenz, politische Bildung, der Umgang mit Künstlicher Intelligenz und Desinformation genauso wie Erste Hilfe und die Fähigkeit, sich in einer immer komplexeren Welt zurechtzufinden.

Gerade nach den jüngsten PISA-Ergebnissen wäre es fatal, diesen Forderungskatalog als Wunschzettel abzutun. Unsere Schülerinnen und Schüler erleben jeden Tag, wo Schule funktioniert und wo sie an Grenzen stößt. Diese Perspektive gehört ernst genommen.

Beim Thema Erste Hilfe zeigt sich exemplarisch, wie langsam Bildungspolitik manchmal ist. Der SSW hat bereits 2024 verpflichtende Erste-Hilfe-Angebote an unseren Schulen gefordert. Die Schülerinnen und Schüler fordern sie heute erneut. Ich finde, irgendwann muss aus einer guten Idee auch Realität werden.

Gleichzeitig dürfen wir jetzt nicht einfach immer mehr Themen in ohnehin volle Stundenpläne pressen. Wenn Schule mehr leisten soll, braucht sie dafür

Raum, ausreichend Lehrkräfte und multiprofessionelle Teams. Wir müssen deshalb auch darüber reden, welche Inhalte heute wirklich wichtig sind und wo Lehrpläne entschlackt werden können.

Besonders wichtig ist mir der Hinweis der Schülervertretungen auf die Bildungsgerechtigkeit. Noch immer hängt in Deutschland viel zu stark vom Elternhaus ab, welche Chancen ein Kind hat. Genau das haben uns die aktuellen PISA-Ergebnisse erneut vor Augen geführt. Schule muss Unterschiede ausgleichen können, anstatt sie weiterzutragen.

Der Forderungskatalog ist deshalb eine gute Grundlage für die weitere bildungspolitische Debatte. Vor allem aber sollten wir den Schülerinnen und Schülern zuhören. Schließlich reden wir bei all diesen Entscheidungen über ihre Schule und ihre Zukunft.“